WISA
vorwärts für Sachsen-Anhalt

Die Menschen zurück in die Mitte der Gesellschaft holen

Von Katrin Budde

Sachsen-Anhalt steht in den nächsten Jahren vor großen Aufgaben und Problemen. Das ist als Allgemeinplatz ein ebenso wenig neuer Befund, wie die Probleme an sich nicht neu sind, gleichwohl verringert es nicht die Größe der Herausforderungen.

Sachsen-Anhalt muss die Dynamik und Auswirkungen der Globalisierung bewältigen. Das betrifft nicht nur die Bewältigung der weltweiten Finanzkrise, die zwar vorbei ist, deren Folgen aber bis heute nachwirken. Das betrifft auch die gesellschaftlichen Entwicklungen, die aus einer immer stärkeren Verflechtung der globalen Wirtschaft, einem weltweit verschärften ökonomischen Wettbewerb und einer globale Vernetzung von Informationssystemen und Wissensressourcen resultieren. Zudem hat Sachsen-Anhalt strukturell noch immer nicht die Folgen der Deindustriealisierung zu Beginn der 90er Jahre überwunden, ein Hinweis darauf, wie lange solche Prozesse dauern.
Sachsen-Anhalt muss den demografischen Wandel meistern. Wir müssen uns nach wie vor mit sinkenden Bevölkerungszahlen und einer alternden Gesellschaft auseinandersetzen. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die Finanzierung unseres Gemeinwesens, auf die Infrastruktur, die Systeme der Daseinsvorsorge und die wirtschaftliche Entwicklung durch fehlende Fachkräfte. Das hat auch ganz konkrete Auswirkungen für das Zusammenleben in den Städten und Gemeinden und die Lebensperspektiven des Einzelnen.
Sachsen-Anhalt muss die soziale Schere schließen. Wenn nach neuesten Studien 30 Prozent der unter 15jährigen Sozialleistungen beziehen und in Armut leben, wenn 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne oder nur mit einem sehr niedrigen Schulabschluss verlassen, wenn immer noch in vielen Bereichen Löhne gezahlt werden, die weit jenseits des Existenzminimums liegen, dann kann man Sachsen-Anhalt kaum als Hort sozialer Gerechtigkeit und fairer Lebenschancen bezeichnen. Das zu ändern, muss und wird der Sozialdemokratie Ansporn und Motivation sein.
Sachsen-Anhalt muss sich von den Finanztransfers von Bund und EU emanzipieren. Das ist vor dem Hintergrund sinkender Transfers nicht nur eine Frage der politischen Notwendigkeit, sondern auch eine Frage des eigenen Anspruchs. Wir wollen eines Tages sagen können: Sachsen-Anhalt sorgt für sich selbst! Wir stehen auf eigenen Beinen! Das ist nicht nur eine Frage des Stolzes, sondern ein Ausweis politischer Vernunft, denn ein Sachsen-Anhalt, das auf eigenen Beinen steht, kommt besser durch Krisen, gibt Zuversicht und Sicherheit. In einem solchen Sachsen-Anhalt lebt es sich für alle besser. Das ist ein Grundsatz sozialdemokratischer Politik.
Der neugewählte Ministerpräsident hat seine erste Regierungserklärung mit dem Titel überschrieben: „Arbeit schaffen, Wissen vermitteln, Verantwortung stärken“. Alle drei Stichworte stehen für Maßnahmen, die helfen werden, die bestehenden Aufgaben des Landes zu bewältigen. Der große Wurf ist das nicht, schließlich ist Politik mehr als die Lösung bestehender Probleme. – Das ist wichtig, aber eben nicht alles! – Politik hat vor allem die Aufgabe, eine Vorstellung davon zu entfalten, wohin sich unsere Gesellschaft entwickeln soll. Wir brauchen also jenseits der Antworten auf die Probleme der Tagespolitik eine Vision von der Zukunft Sachsen-Anhalts.
Wir als Sozialdemokratie verbinden mit unserer Politik in den nächsten Jahren die Vision von einem sozial gerechten Sachsen-Anhalt, von einem Sachsen-Anhalt, in dem alle Menschen gute Lebenschancen und -perspektiven haben, unabhängig ihrer Herkunft, unabhängig ihres Geschlechts, von einem Sachsen-Anhalt, in dem es sich für alle lohnt zu arbeiten, von einem Sachsen-Anhalt, in dem sich die soziale Schere schließt. Das ist eine würdige Vision für ein Land in der Mitte Deutschlands, die nicht nur geographische Verortung, sondern uns politische Verpflichtung ist. Deshalb sollte es unser zentrales Anliegen als SPD sein: Wir wollen die Menschen zurück in die Mitte holen! Wir wollen die Menschen zurück in die Mitte der Gesellschaft holen!
Diese Vision folgt einer einfachen Einsicht und Wahrheit. Wer die Mitte der Gesellschaft stärken will, da wo Wohlstand durch fleißige Arbeit entsteht, wo Lebensperspektiven gestaltet werden können, wo Existenzängste durch die Gewissheit ersetzt werden: es gibt Alternativen für mich, wo gesellschaftliche Teilhabe, demokratische Mitwirkung und demokratische Verantwortung selbstverständlich sind, wer diese Mitte stärken will, der muss zum einen die unterstützen, die diese Mitte bilden, aber der muss vor allem dafür sorgen, dass Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden, wieder zurück in die Mitte finden. Wer die Fliehkräfte verringern will, der darf nicht in der Mitte bremsen, der muss an den Rändern anpacken. Das gilt in der Physik wie in der Gesellschaft.
Bei dieser Vision muss gerade die Sozialdemokratie aus den Fehlern ihrer jüngeren Vergangenheit lernen. Die Zeiten müssen vorbei sind, in der die Mitte ein exklusiver Ort war, wo es hieß: du bist draußen, du bleibst draußen, wo es Gewissheit war: die Mitte der Gesellschaft ist eine aussterbende Art. Es müssen auch die Zeiten müssen vorbei sein, wo eine Politik für die Mitte der Gesellschaft hieß, diejenigen zu vernachlässigen, die aus der Mitte herausgefallen waren. Die neue Mitte hatte die alten Stützen der Sozialdemokratie vergessen. Das war ein Fehler. Dennoch dürfen wir die Mitte nicht aufgeben, wir dürfen die Menschen nicht aufgeben, wir wollen Aufstieg ermöglichen. Das ist unsere Vision, das ist eine sozialdemokratische Vision von einem zukünftigen Sachsen-Anhalt. Das wollen wir schaffen. Dafür wollen wir arbeiten! ■

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

in einer Koalition gehört es zu den Gepflogenheiten, Querelen beim Koalitionspartner grundsätzlich nicht öffentlich zu kommentieren. Das ist eine Frage des Stils und der vielen ungeschriebenen Regeln des parlamentarischen Miteinanders. Dieser Grundsatz kann jedoch nicht gelten, wenn Teile jenes Koalitionspartners Stil und Regeln des menschlichen Miteinanders verletzen.

Wenn es als „hormongesteuert“ und „Eierstockgehabe“ herabgewürdigt wird, dass Frauen zu Recht politische Teilhabe beanspruchen, ist das ein Rückfall in längst vergangen geglaubte Zeiten eines diskriminierenden Chauvinismus. Das ist im 100. Jubiläumsjahr des Internationalen Frauentages entlarvend für eine Partei, die für sich beansprucht, die Mitte der Gesellschaft zu vertreten. Wie das die CDU mit ihrem Charakter als Volkspartei vereinbaren will, ist mir daher ein Rätsel.

Dabei lautete das diesjährige Motto des Frauentages: „Ohne Gleichstellung kein Fortschritt!“ Ich würde sogar noch weiter gehen und sagen: „Ohne wirkliche Gleichstellung, keine wirkliche Demokratie!“ Der Kampf für die Rechte von Frauen ist also nicht nur eine Frage der individuellen und sozialen Gerechtigkeit, sondern eine Frage des Selbstverständnisses unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. – Und eben eine Frage des Stils!

Eure

Katrin Budde

Die neuen Regierungsmitglieder

Nach der konstituierenden Landtagssitzung und der Wahl des Ministerpräsidenten am 19. April 2011 wurden die Ministerinnen und Minister und die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre ernannt. WISA stellt kurz die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder vor.

Ministerium der Finanzen

Minister und stellv. Ministerpräsident Jens Bullerjahn

Er wurde am 15. Juli 1962 in Halle (Saale) geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder.

„Wir gewinnen das Vertrauen der Menschen und letztlich auch die Wahlen nur dann, wenn wir Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt zusammenbringen. Außerdem müssen wir unsere Hausaufgaben und die Landesfinanzen so in Ordnung zu bringen, dass Sachsen-Anhalt in Zukunft auf eigenen Beinen stehen kann.“

Staatssekretär Dr. Heiko Geue

Er wurde 5. Oktober 1965 in Ettlingen/Baden-Württemberg geboren, ist geschieden und hat einen Sohn.

„Ich will an dem Nachweis arbeiten, dass Politik für mehr Fairness und Gerechtigkeit auch ohne neue Schulden geht.“

Staatssekretär Jörg Felgner

Er wurde am 4. Oktober 1972 in Schlema/Sachsen, ist verheiratet und hat eine Tochter.

„Eine gute Vernetzung von Wirtschaft, Land, Kommunen und Ministerien ist gerade in Hinblick auf den Demografischen Wandel unabdingbar. Deshalb setze ich auf den Ausbau breitbandiger Kommunikationsnetze den Autobahnen des 21. Jahrhunderts.“

Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Ministerin Prof. Dr. Angela Kolb

Sie wurde am 22. Oktober 1963 in Halle an der Saale geboren, ist geschieden und hat eine Tochter.

„Als Justizministerin stehe ich zukünftig auch für eine kluge Politik der Förderung von Frauen in unserem Land.“

StaatssekretärDr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer

Er wurde am 1. April 1955 in Itzehoe geboren, ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.

„Ich werde mich für eine starke Justiz in Sachsen-Anhalt einsetzen und damit für eine bürgernahe und effektive Rechtsprechung.“

Ministerium für Arbeit und Soziales

Minister Norbert Bischoff

Er wurde 1950 in Helbra geboren und ist Vater von vier Kindern.

„Sachsen-Anhalts Kinderbetreuung ist im Bundesvergleich Spitze. Und doch können wir es noch besser. Wir werden die Kitas als Orte der frühkindlichen Bildung ausbauen. Dazu werden wir den Ganztagsanspruch für alle Kinder wieder herstellen, das ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Frühe Förderung und Bildung sind ein Schlüssel für Chancengerechtigkeit. Der erfolgreichste Weg, damit sich Armut nicht vererbt, ist die Förderung der Bildung der Kinder- und das so früh wie möglich.“

Staatssekretärin Beate Bröcker

Sie wurde 1956 in Osnabrück geboren und studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster.

„Das beste Rezept gegen Armut ist gut bezahlte Arbeit. Mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wollen wir in Partnerschaft mit der Wirtschaft dafür sorgen, dass mehr Menschen in Sachsen-Anhalt einen fair bezahlten Arbeitsplatz bekommen. Unser Ziel ist, dass es in jeder Familie mit Kindern wenigstens einen Verdiener oder eine Verdienerin gibt. Das heißt, dass wir Alleinerziehende besonders unterstützen wollen. Zweitens wollen wir Jugendliche stark machen. Eine gute Ausbildung ist Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben.“

Kultusministerium

Minister Stefan Dorgerloh

Er wurde in Berlin geboren, ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Zuvor war er Prälat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Wittenberg und Geschäftsführer der Evangelischen Wittenberg Stiftung.

„Bildungspolitik bedeutet für mich Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Das heißt, Schule vom Kind her zu denken und kein Kind verloren zu geben. Die eigene Bildungsbiografie darf nicht ausschließlich von der sozialen Herkunft bestimmt sein.“

Staatssekretär Dr. Jan Hofmann

Er ist verheiratet und hat drei Kinder, er wurde in Berlin geboren. Vor seiner Ernennung zum Staatssekretär war er Direktor des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg.

„Chancengerechtigkeit und längeres gemeinsames Lernen sind Schlüsselnachrichten, die die Bildungspolitik in Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren bestimmen werden. Dabei geht es vor allem darum, den Anteil der Kinder, die ohne Bildungsabschluss die Schule verlassen, deutlich zu verringern und das Land auf die Herausforderungen vorzubereiten, die sich aus der UN-Konvention ergeben und mit dem Namen inklusive Bildung beschrieben sind.“

SPD im Saalekreis stellt sich inhaltlich neu auf

Eine Befragung der Genossinnen und Genossen im letzten Jahr brachte das Problem auf den Punkt: Die Mitglieder der SPD im Saalekreis erwarten zukünftig eine deutliche inhaltliche Positionierung der regionalen Parteigremien auf Kreis-und Landesebene.
Aus diesem Grund hat sich eine engagierte Gruppe um den Juso-Kreisverband gebildet, die dieses Ziel vorantreibt. Neben der ständigen Evaluierung der Arbeit des Kreisvorstandes wurden bereits erste inhaltliche Veranstaltungen durchgeführt: Beispielhaft fand Mitte Mai eine Zukunftswerkstatt in Oppin statt, die regen Zuspruch fand. Erste inhaltliche Ergebnisse konnten in den Bereichen Bildung/ Demographie und Kultur/ Tourismus/ Wirtschaftförderung erarbeitet werden. In den kommenden Wochen werden hierzu Anträge für unsere Kreistagsfraktion formuliert. In konstruktiver Weise haben Jung und Alt an gemeinsamer, greifbarer und bürgernaher Politik gearbeitet.
Besonderer Dank gilt Gabriele Kleine (1. Beigeordnete des Landkreises), Verena Späthe, MdL und Patrick Wanzek, MdL,für ihre Unterstützung und Hilfe. Ein gesundes und echtes Maß an Selbstkritik, die Bereitschaft zu inhaltlich-fairem Streit und der Wunsch danach trotzdem noch gemeinsam „ein Bier trinken gehen zu können“ sollen zu Selbstverständlichkeiten im Saalekreis werden. Ausführliche Informationen zur Mitgliederbefragung und zur regionalen Zukunftswerkstatt wird es in der nächsten Ausgabe der WISA geben.

Matthias Bernstein ■

Impressum:
V.i.S.d.P.: Dr. Mario Kremling
Redaktion: Dr. Falko Grube
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an:
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
Anschrift:
SPD-Landesgeschäftsstelle, Redaktion WiSA,
Bürgelstraße 1, 39104 Magdeburg

Rainbowflash in Magdeburg

Am 17. Mai 1990 beschloss die Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) längst Überfälliges: Homosexualität von der Liste psychischer Krankheiten zu streichen. Der 17. Mai wurde daraufhin zum Internationalen Tag gegen Homophobie ausgerufen. In Magdeburg rief der LSVD zu einem Rainbowflash auf. Punkt 19.00 Uhr wurde hunderte Luftballons mit guten Wünschen für Toleranz in den Himmel entlassen. Mitten im Getümmel waren Nadine Hampel (r.), gleichstellungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, und der Magdeburger Stadtverbandsvorsitzende Falko Grube. ■

Terminankündigungen

28. Mai 2011 – Ab 13.00 Uhr findet im Rahmen von www.anti-atom-demo.de eine Anti-Kernkraft-Demo in Magdeburg (Universitätsplatz) statt.

01. Juni 2011 – „Lischka trifft ...“ Prof. Dr. Wolfgang Böhmer. Beginn ist 18:30 Uhr im Elbelandhaus, Magdeburg.

18./19. Juni 2011 – Im KiEZ Arendsee führt der Juso-Landesverband seine diesjährige Landesdelegiertenkonferenz durch. ■

Richtigstellung

In der letzten Vorwärts-Ausgabe hat sich auf S.1, Sp. 2 des Leitartikels ein kleiner, aber sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Hier fehlte ein Wort. Natürlich muss es heißen: „[...] Erstens sollen beide während der gesamten Legislaturperiode mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinwirken, dass „die künftige Hochschulpolitik **NICHT** mehr und mehr durch rein wirtschaftliche Überlegungen bestimmt und das bewährte Humboldtsche Bildungsideal ausgehöhlt“ wird.
Die Redaktion ■

Es bleibt noch viel zu tun!

Die ASF befragte die Genossinnen des Landesverbandes

Die AsF ist seit Jahrzehnten die Stimme der Frauen in der SPD. Sie steht für die Beteiligung von Frauen an der politischen Willensbildung in Sozialdemokratie und Gesellschaft. Trotz vieler unbestrittener Erfolge liegt der Frauenanteil in der SPD bundesweit derzeit nur bei ca. 30 Prozent. Gerade in Ostdeutschland wird er häufig sogar noch unterschritten, Sachsen-Anhalt bildet mit rund 27 Prozent Frauen das Schlusslicht.

Vor diesem Hintergrund stellten sich die AsF und der Juso-Landesarbeitskreis Gleichstellung und Zukunft die Fragen: Entwickelt sich die SPD im Osten immer mehr zu einer Männerpartei oder sind die Frauen mittlerweile auf dem Vormarsch? Welche Maßnahmen sind nötig, um die Partei attraktiver für Frauen zu machen? Dazu wurde im September 2010 an alle 550 der rund 1100 Genossinnen, die per E-Mail erreichbar waren, ein Fragebogen verschickt. 65 Genossinnen (ca. 12 Prozent) haben geantwortet.

Die Antworten zeigen vor allem, dass die Gleichstellungspolitik nach wie vor ein Thema ist, bei dem die Meinungen auseinandergehen. Die Auswertung ergab, dass sich fast jede zweite Frau ausreichend vertreten fühlt, mehr als ein Viertel von ihnen jedoch nicht. Besondere Bedeutung messen die Befragten den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Entgeltgleichheit, die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und die drohende Altersarmut bei. Themen, denen sich die SPD ihrer Ansicht nach künftig stärker widmen sollte, sind soziale Daseinsvorsorge für Alleinerziehende, ausreichende und sichere Kita-Plätze, die sich an den Bedürfnissen der Familien orientieren, Frauen in der Wirtschaft sowie Rollenverständnisse und Sexismus in Deutschland.

Die Ergebnisse der Befragung relativieren auch tradierte Erklärungsmuster, die die geringe Partizipation von Frauen allein auf deren geringeres Interesse an Politik oder auf deren Dreifachbelastung durch Familie, Beruf und Politik zurückführen. Schließlich müssen rund 70 Prozent der Befragten keine weiteren Personen in ihrem Haushalt betreuen. Der geringere Anteil an Genossinnen ist vielmehr ein starkes Indiz dafür, dass Frauen sich von der Mitarbeit in Parteien nicht in ähnlicher Weise angesprochen fühlen wie Männer und möglicherweise Hemmnisse für ein Engagement bestehen.

Dennoch zeigt die Befragung auch, dass viele Frauen den Aufwand, den das politische Ehrenamt mit sich bringt, scheuen, obgleich sich knapp 71 Prozent der Befragten ehrenamtlich engagieren. Mit dem Berufsalltag ist dies gerade für Frauen oft nicht vereinbar. Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollten daher auf beide Geschlechter ausgerichtet sein.

In der SPD üben 63 Prozent der Genossinnen eine Funktion aus, viele davon jedoch vor allem in der „zweiten Reihe“. Den geringen Anteil an Sozialdemokratinnen in den Führungspositionen erklären sich die Frauen mit der Art, wie Politik betrieben wird. Sie spricht Frauen oft nicht an. Die SPD erscheint vielen als männlich geprägt. Darüber hinaus fehlten häufig Ansprechpartnerinnen vor Ort und die Bereitschaft, frauenpolitische Themen vermehrt in die Stadt- und Kreisverbände zu tragen. Viele Frauen beklagen das Fehlen einer erfolgreichen Identifikationsfigur, die sich stärker sichtbar für Gleichstellungspolitik einsetzt. „Nicht nur der Ausbau Öffentlichkeitsarbeit der AsF ist daher eine wichtige Aufgabe für die Zukunft“, erklärt die AsF-Landesvorsitzende Corinna Reinecke.

Sarah Schulze

Erster Mai – Nazifrei

Am 1. Mai organisierten die Rechtsextremisten in Heilbronn, Greifswald und in Halle (Saale) Aufmärsche, um den internationalen Tag der Arbeit für ihre chauvinistische und rassistische Weltanschauung zu missbrauchen. Während die NPD mit ihren Sympathisanten nach Greifswald Schickte, um den dortigen Landtagswahlkampf zu unterstützen, wurde Halle zum zentralen Anlaufpunkt für die „Freien Nationalisten“. So sammelten sich nach deutschlandweiter Mobilisierung zirka 750 Personen aus dem parteiunabhängigen rechten Spektrum um in Halle gegen die „drohende Fremdarbeiterinvasion“ zu demonstrieren.

Um die Demonstration der Neonazis zu verhindern oder sie zumindest zu blockieren, hatte das breit aufgestellte Bündnis „Halle blockt – Naziaufmarsch verhindern!“ zahlreiche Gegenveranstaltungen organisiert. Dank mehrerer dezentralen Sitzblockaden, die trotz des starken Drucks der Polizeikräfte gehalten wurden, mussten die Rechtsextremen von ihrer ursprünglichen Demoroute durch die Hallenser Innenstadt abweichen. Nach stundenlanger Blockade vor dem Bahnhof konnten die Rechten nur auf einer stark verkürzten Route nördlich des Hauptbahnhofes entlang marschieren, wobei durch die lokale Begrenzung der Route die erwünschte Außenwirkung ausblieb und das Frustpotential und die Aggression in den eigenen Reihen wuchs.

„Aus Juso-Sicht ist allerdings Kritik an Teilen der Einsatzstrategie der Polizei geboten“, erklärten Mitglieder des Landesarbeitskreises gegen Rechtsextremismus. „Die Route der Nazis wurde zeitweise von lediglich 80 Polizisten gegen die 500 Gegendemonstranten, die die ursprüngliche Nazi-Strecke blockiert hatten, abgesichert.“ Am Rande des Naziaufmarsches war es zu Randalen von Chaoten aus beiden Lagern, bei denen zahlreiche Personen verletzt wurden. Fallweise kam es auch zu – zum Teil brutaler – Polizeigewalt. Die Jusos kündigten an, die von ihnen beobachteten und registrierten Fälle in die nächsten Kooperationsgespräche mit der Polizei einzubringen.

Um Missverständnisse zu vermeiden und Vorurteile und Verallgemeinerungen gegenüber den Polizisten zu verhindern, erneuerten sie zudem ihre Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für Polizist_innen. Nur so könnten die schwarzen Schafe unter den Beamten ausfindig gemacht werden.

Kai Detloff

Die SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt und befristet bis zum Ende der 6. Legislaturperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

eine wissenschaftliche Referentin/ einen wissenschaftlichen Referenten für den Arbeitskreis Kultus

Aufgabe der Referentin/des Referenten ist die konzeptionelle, fachliche und organisatorische Unterstützung der Fraktion im Bereich der Bildungs- und Kulturpolitik, die Zusammenarbeit mit Fachinstitutionen und Behörden sowie die Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit.

Als Qualifikation werden ein Hochschulabschluss, vorzugsweise im Lehramtsbereich (I. und/oder II. Staatsprüfung) oder im kulturwissenschaftlichen Bereich, vorausgesetzt. Einschlägige Berufserfahrungen wären wünschenswert.

Erwartet werden Fähigkeit zur Einarbeitung in neue und komplexe Sachverhalte, Selbstmanagement, kommunikative Stärke und Teamfähigkeit, Flexibilität und Belastbarkeit sowie sicherer Umgang mit gängiger Software (MS Office, etc.).

Eine Identifikation mit den politischen Zielen der SPD-Fraktion werden vorausgesetzt.

Die Vergütung erfolgt nach dem TV-L.

Unser Ziel ist die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Bewerbungen von Frauen werden daher bei gleicher Eignung besonders berücksichtigt. Bei gleicher Eignung werden Bewerbungen schwerbehinderter Menschen bevorzugt berücksichtigt.

Aussagekräftige und vollständige Bewerbungen werden bis zum 17.06.2011 erbeten an:

SPD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Herrn Elmar Heisterkamp
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg.

www.spd-lsa.de